

Volksbegehren für bessere Familienpolitik gestartet

MATSCHIE WARNT LANDESREGIERUNG VOR VERFASSUNGSKLAGE: FALSCHER WEG



Die 22 Teilstücke eines ursprünglich 22 Meter langen gelben Bandes symbolisierten zum Start der Unterschriftensammlung für das Volksbegehren die 22 Trägerkreise.

Thüringens zweites Volksbegehren ist am 29. Mai offiziell gestartet: 5000 Unterschriften müssen im ersten Schritt gesammelt werden, damit das Volksbegehren beantragt werden kann.

Vertreter von 22 Trägerkreisen waren dabei, als vor der Staatskanzlei der Startschuss für die Sammlung der ersten 5000 Unterschriften fiel. Dabei wurde ein breites gelbes Band in 22 Teile geteilt - Symbol für die 22 Trägerkreise, von denen jeweils ein Vertreter anwesend war. Diese nahmen jeweils ihren Teil mit in den Heimatlandkreis, wo nun Unterschriften gesammelt werden. Der Ehrgeiz ist groß: In einer Greizer Kita begannen die Aktiven nach eigenen Angaben um 0.01 Uhr zu sammeln. Parallel dazu begann die Unterschriftensammlung in den Gemeinden der 22 Trägerkreise. Teilweise gibt es bis zu 90 Aktive pro Trägerkreis, die mit den Unterschriftenlisten unterwegs sind. Sowohl in Erfurt als auch in

den Trägerkreisen waren SPD-Landtagsabgeordnete vor Ort, um den Start zu unterstützen. Viele hatten sich im Vorfeld um die Verteilung der Unterschriftenlisten gekümmert und als Kuriere fungiert.

Die Familienpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Pelke, sagte, dass sie von einem Erfolg des Volksbegehrens ausgehe. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der so genannten Familienoffensive mit der Landesregierung sei groß.

Unterdessen warnte der SPD-Fraktionsvorsitzende die CDU-Landesregierung erneut vor einer Klage gegen das „Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik in Thüringen.“ „Der Weg zum Verfassungsgericht sei ein falscher Schritt und verschleppe eine Lösung im Streit um die Familienpolitik in Thüringen. „Wir brauchen keinen Streit vor Gericht, sondern eine schnelle Entscheidung in der Sache. Die Bürger sollen das letzte Wort haben“, sagt Matschie.

Gelbes Band ist Symbol für Optimismus und Zusammenhalt

Dieser Sommer wird gelb! Wer hätte vor wenigen Monaten gedacht, dass sich an einem ganz normalen Arbeitstag 22 Frauen und Männer von 22 Träger-



kreisen aus ganz Thüringen in Erfurt einfinden würden, um selbstbewusst für das bevorstehende Volksbegehren zu werben. Der Optimismus, den die Aktiven versprühen, wirkt ansteckend: Er ist so leuchtend wie das Gelb des Bandes, das die gemeinsame Kraftanstrengung für eine bessere Familienpolitik in Thüringen symbolisiert. Hoffen wir, dass dieser Optimismus anhält. Die eigentliche Herausforderung liegt nämlich noch vor den Aktiven in den Trägerkreisen, vor uns allen. Damit das Volksbegehren zum Erfolg wird und die Familienoffensive von Althaus da landet, wo sie hingehört - nämlich aussortiert - müssen ca. 220 000 Unterschriften zusammen kommen. Das ist viel, aber nicht unmöglich.

Werben wir also offensiv für das Volksbegehren und unterstützen wir das Engagement von Eltern und Sympathisanten, die sich in den Trägerkreisen zusammengetan haben, nach Kräften.

CHRISTOPH MATSCHIE
Fraktionsvorsitzender

Vorbild Niedersachsen:
Fraktion will Blindengeld
wieder einführen

Seite 3

Nach Überfall in Weimar:
Landesprogramm gegen
Rechts überfällig

Seite 4

Regierung nennt Termin für Studiengebühren

„Wortbruch“ wirft Andreas Bausewein der Thüringer Landesregierung wegen ihrer jüngsten Ankündigung vor, ab 2009 allgemeine Studiengebühren einzuführen.



Andreas Bausewein

Das Kultusministerium habe dem Landtag gegenüber wiederholt bestritten, dass es entsprechende Pläne gebe. „Für mich grenzt das Vorgehen der Landesregierung daher an bewusste Irreführung der Öffentlichkeit“, sagte der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion. Gleichzeitig erteilte der SPD-Politiker einer Einführung allgemeiner Studiengebühren erneut eine deutliche Absage. „Ich halte das Regierungsvorhaben schon aus sozialen Gründen für unerträglich“, sagte Bausewein. Die Einführung von allgemeinen Studiengebühren werde insbesondere Kinder aus einkommensschwachen Familien von den Hochschulen fernhalten und damit die ohnehin vorhandene soziale Schieflage bei der Zusammensetzung der Studierenden nur noch weiter verstärken.

Weitere Belastung der Werra mit Salzen verhindern

UMWELTPOLITIKERIN BECKER WILL ALTERNATIVEN FÜR EINLEITUNG VON SALZABWÄSSERN PRÜFEN LASSEN

Nach der letzten Sitzung des Umweltausschusses fordert SPD-Umweltpolitikerin Dagmar Becker die Landesregierung auf, die geplante Einleitung weiterer Salzabwässer durch die K + S AG im Zusammenhang mit dem Salzabbau im Fuldagebiet zu verhindern. Es müssten Alternativen geprüft werden, wie eine weitere Belastung der Werra mit Salzen verhindert werden könne, ohne dass dabei der Kalibergbau in der Region beeinträchtigt werde. Dafür müsse sich die Landesregierung im Zuge des jetzt geplanten Baus einer weiteren Abwasserleitung einsetzen.

„Wenn erst einmal die geplante über 60 Kilometer lange Abwasserleitung gebaut ist, sind Fakten geschaffen“, sagte Becker. Diese stünden der bereits Anfang der 90er Jahre geforderten und in Aussicht gestellten deutlichen Verminderung der Salzbelastung der Werra entgegen. Zudem zwingt



Die Mitglieder des Arbeitskreises Umwelt sind viel unterwegs - hier beim Ortstermin in Rositz im Frühjahr (von links: Dr. Hartmut Schubert, Dagmar Becker, Sabine Doht sowie Wolfgang Scholz, Bürgermeister von Gößnitz).

die Europäische Wasserrahmenrichtlinie dazu, eine weitere Belastung der Werra mit salzhaltigen Abwässern zu verhindern. Dies müsse bei weiteren Planungen dringend beachtet werden.

Becker verwies auf die besondere Verantwortung des Freistaats, der sich stets für eine finanzielle und rechtliche Unterstützung der K + S AG eingesetzt habe. Der bisherige Grenzwert sei damals nur ein Zugeständnis an K + S gewesen.

SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag besetzt zum 28. August 2006 einen Ausbildungsplatz für den Ausbildungsberuf

Kaufmann / Kauffrau für Bürokommunikation.

Wir bieten eine dreijährige qualifizierte und umfassende Ausbildung. Die Ausbildung verbindet bürokommunikative und informationsverarbeitende Qualifikationen mit Fertigkeiten und Kenntnissen, die zur Sachbearbeitung befähigen.

Das Ausbildungsverhältnis sowie die Ausbildungsvergütung richten sich nach dem Manteltarifvertrag für Auszubildende (Mantel-TV Azubi-O) und nach dem Ausbildungsvergütungsvertrag für Auszubildende (Ost) in der jeweils geltenden Fassung.

Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, Zeugniskopien, Foto etc.) senden Sie bitte innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieser Anzeige an

SPD-Fraktion im Thüringer Landtag,
z. Hd. Frau Heider, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt.

Telefon: (03 61) 3 77 23 36

Mindestvoraussetzung für eine Einstellung als Auszubildende/r ist ein mittlerer Bildungsabschluss (Realschulabschluss) mit guten bis sehr guten Deutsch- und Mathematikkenntnissen. Grundkenntnisse in der Textverarbeitung sind wünschenswert aber nicht Voraussetzung. Erwartet wird ein hohes Maß an Engagement und Teamfähigkeit.

Schwerbehinderte Bewerber/-innen werden bei gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Pädagogen unter Druck

Eine stärkere Unterstützung der Thüringer Lehrer durch das Kultusministerium fordert Hans-Jürgen Döring. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion reagiert damit auf eine Studie des Thüringer Lehrerverbands zur Gesundheit von Lehrern. „Ich halte die Ergebnisse dieser Studie für Besorgnis erregend“, sagte Döring. Ein Großteil der Thüringer Pädagogen fühle sich demnach ausgebrannt und sei mit seiner beruflichen Situation unzufrieden. „Das Kultusministerium muss die Lehrer endlich spürbar entlasten, anstatt ihnen neben den Unterrichtsverpflichtungen auch noch ständig neue Verwaltungsaufgaben wie die Erhebung des neuen Büchergeldes aufzubürden“, fordert Döring.

SPD-Fraktion für Fortsetzung von Stasi-Überprüfungen

MATSCHIE UND DÖRING WARNEN IN PLENARDEBATTE VOR VERHÄRMLOSUNG DES DDR-REGIMES

Mit der Ankündigung, sich für eine bessere berufliche und strafrechtliche Rehabilitation von Opfern des DDR-Regimes einzusetzen, setzte SPD-Fraktionschef Christoph Matschie in der Plenardebatte zum Thema Staatssicherheit Anfang Mai Zeichen. Er warnte zugleich davor, die DDR rückwirkend zu verklären: „Die DDR war keine fröhliche Nostalgieshow, die DDR war eine Diktatur.“ Christoph Matschie sprach sich zugleich für eine Verlängerung der Stasi-Überprüfungen von Abgeordneten aus. Es müsse jedoch in Erwägung gezogen werden, künftig ein anderes Verfahren anzuwenden als derzeit üblich: ohne moralisches Urteil einer Kommission. An die Adresse der Union gerichtet, warnte der Fraktionsvorsitzende die CDU-Abgeordneten vor Selbstgerechtigkeit. Die Christdemokraten hätten schließlich das DDR-System gestützt. Auch Bildungspolitiker Hans-Jürgen Döring warnte in der Debatte davor, die

Vergangenheit ad acta zu legen. „Das hässliche, Benutzende durch den Stasi-Apparat wird verdrängt, übrig bleibt eine allgemeine Gleichgültigkeit.“, so Döring, den eine enge Freundschaft mit dem 1999 gestorbenen DDR-Dissidenten und Schriftsteller Jürgen Fuchs verband. Wer vorschlägt, zur Tagesordnung überzugehen, plädiert für ein Loslösen von der humanen Orientierung“, zitierte Döring den Bürgerrechtler in seiner Rede.

Am Vormittag war die Abgeordnete der Linkspartei.PDS, Ina Leukefeld, von Landtagspräsidentin Schipanski öffentlich für parlamentsunwürdig erklärt worden. Linksparteichef Hausold kritisierte in diesem Zusammenhang die Thüringer Stasi-Beauftragte Hildigund Neubert wegen ihrer Äußerungen zu Stasi-Verstrickungen von PDS-Mitgliedern scharf und kündigte an, dass die Linkspartei.PDS deshalb im nächsten Plenum einen Abberufungsantrag stellen werde.

Wieder Blindengeld in Niedersachsen: Beispiel für Thüringen

Die Landesregierung soll schnellstmöglich ein Konzept vorlegen, das die Wiedereinführung des kürzlich abgeschafften



Oktober 2005: Blinde demonstrieren in Erfurt gegen die Abschaffung des Landesblindengeldes.

Landesblindengeldes in Thüringen ermöglicht. Anlass für diese Initiative der Sozialdemokraten ist die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung zur Wiedereinführung des Landesblindengeldes ab 2007. „Blinde Menschen brauchen einen einkommens- und vermögensunabhängigen Nachteilsausgleich, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können“, sagte Dagmar Künast, die behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Bereits in der Vergangenheit hatte Künast immer wieder beklagt, dass die Streichung des Landesblindengeldes weder fachlich noch politisch zu verantworten sei.

Landesregierung soll zum Thema Gewalt an Thüringer Schulen umfassend Auskunft geben

INNENPOLITIKER GENTZEL WILL MEHR PROBLEMBEWUSSTSEIN: PRÄVENTION IST DAS A UND O

Eine Stellungnahme der Landesregierung zum Thema Gewalt an Thüringer Schulen fordert Heiko Gentzel. In seiner umfangreichen parlamentarischen Anfrage verweist der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Zusammenhang mit den Ereignissen an der Rütli-Hauptschule in Berlin darauf, dass am Schulleben Beteiligte behaupten, Gewalt gehöre inzwischen zum Alltag von Schülern und Lehrern. Der Lehrerverband hatte zudem festgestellt, dass es in Thüringen tendenziell ähnliche Vorfälle gebe wie an den Berliner Schulen. „Gewaltprävention ist das A und O. Sie setzt ein Problembewusstsein voraus, das auf genaueren Er-



Heiko Gentzel

kenntnissen basieren muss“, so Gentzel. Er will von der Landesregierung wissen, welche Formen von Gewalt an Thüringer Schulen auftreten und wie verbreitet diese sind. Außerdem: Welche Altersgruppen sind besonders betroffen und in welchem Umfang wird in den verschiedenen Gruppen Gewalt ausgeübt? Wie viele Schüler sind polizeilich registriert und an wie vielen Delikten waren sie beteiligt? Ist Gewalt an bestimmten Schultypen besonders verbreitet und wie stark sind die Unterschiede? Die Landesregierung soll erläutern, wie sie die Entwicklung der Gewaltbelastung an Thüringer Schulen insgesamt bewertet und welche Untersuchungen dazu vorliegen. Zudem soll die Regierung ihre Sicht zu den Ursachen für Gewalt an Thüringer Schulen darlegen.

Für Gentzel ist außerdem wichtig: Gehören

Extremismus und Fremdenfeindlichkeit zu den Ursachen von Gewalt an Thüringer Schulen und welche Rolle spielt dabei die Artikulierung politisch extremistischer Ansichten? Welche Präventionsangebote die Thüringer Polizei anbietet und wie die Forderung des Thüringer Lehrerverbandes nach einer engeren Zusammenarbeit zwischen Schulen und Polizei und nach mehr Präventionsangeboten bewertet wird, sollen ebenfalls geklärt werden.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag.
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17
Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Uwe Höhn, Parlamentarischer Geschäftsführer;
Satz: Dirk Malewski; Druck: Druckerei Jäcklein, Erfurt

Redaktionsschluss: 02.06.06

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 6.500 Exemplaren.

Nicht für Parteizwecke und Werbung!

Doht, Schubert und Pilger besuchten ARGE Eisenberg

Die Umsetzung der Arbeitsmarktreform Hartz IV stand im Mittelpunkt eines Besuches von Landtagsabgeordneten bei der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Eisenberg des Saale-Holzland-Kreises. Sabine Doht, Walter Pilger, Hartmut Schubert sowie der ehemalige Bundestagsabgeordnete Karsten Schönfeld informierten sich über organisatorische und strukturelle Probleme der dortigen ARGE. Beispielsweise erfuhren die Landtagsabgeordneten, dass die Entwicklung bei den Bedarfsgemeinschaften und den Hilfeempfängern dem bundesweiten Trend folge, sprich: Es gibt mehr Kunden als die Planungen vorsahen und demzufolge auch mehr Ausgaben. Dennoch habe auch die ARGE Eisenberg Geld an den Bund zurückgeben müssen, da die Mittel



Walter Pilger, Dr. Hartmut Schubert, Sabine Doht und der ehemalige Bundestagsabgeordnete Karsten Schönfeld (von rechts) besuchten die ARGE in Eisenberg.

in dem kurzen Zeitraum seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft nicht ausgegeben werden konnte. Ziel sei jedoch, so eine Sprecherin, dass den Kunden im laufenden Jahr mehr gezielte Angebote für einen Wiedereinstieg in den Beruf gemacht werden können.

Landessenorenvertretung braucht verlässliche Unterstützung

Mit einer aktuellen Stunde im Mai-Plenum hat die SPD-Fraktion auf die massiven Kürzungen bei der Landessenorenvertretung hingewiesen. „Ältere Menschen wollen ein selbst bestimmtes und aktives Leben führen. Dafür brauchen sie unsere Unterstützung. Die Förderung von Senioren und ehrenamtlicher Tätigkeit darf nicht nur in Sonntagsreden eine Rolle spielen“, sagte Christoph Matschie an die Adresse der CDU-Landesregierung. Er kritisierte die unzureichende und völlig unsichere Förderung der Landessenorenvertretung Thüringen e.V. Matschie forderte eine verlässliche Unterstützung der Landessenorenvertretung. Nach der Kürzung eines Haushaltstitels von 10 000 auf 4 000 Euro und der Abschaffung eines Haushaltsvermerkes zu-

gunsten der Landessenorenvertretung Thüringen sei die Förderung der ehrenamtlichen Seniorenarbeit offenbar vom Gutdünken des Sozialministeriums abhängig. Auf diese Weise werde die Landessenorenvertretung politisch ans Gängelband gelegt.

Im November 1993 konstituierte sich die Landessenorenvertretung Thüringen e.V., um ältere Menschen zu unterstützen. Die Gründungsmitglieder wollten eine Interessenvertretung schaffen, um demokratische Prozesse auf Landesebene mitgestalten zu können. Ihr Hauptanliegen war von Anfang an neben der Förderung der Arbeit mit alten Menschen die Gründung von kommunalen Seniorenvertretungen. Ende 2005 gab es in Thüringen 33 kommunale Seniorenvertretungen.

Brutaler Überfall in Weimar

Gentzel: Auch Thüringen nicht vor rechter Gewalt sicher

Mit Entsetzen und Unverständnis reagierten Persönlichkeiten aus ganz Thüringen auf den Überfall von rechtsextremen Schlägern auf zwei Mosambikaner und einen Kubaner an Himmelfahrt in Weimar. Als Warnsignal an die Landesregierung und alle demokratischen Kräfte im Freistaat wertet SPD-Innenpolitiker Heiko Gentzel den Überfall von vermutlich rechtsradikalen Schlägern auf die drei Männer. Thüringen reihe sich damit in eine Kette von ähnlich erschreckenden Vorfällen in ganz Deutschland in den vergangenen Tagen ein. Gentzel verurteilte den Überfall. Die Landesregierung müsse zur Kenntnis nehmen, dass die seit Tagen die Medien dominierende Diskussion über rechte Gewalt nun auch in Thüringen angekommen sei. „Ausländer sind offenbar auch im Freistaat nicht sicher - leider.“

Gentzel wiederholte deshalb seine Forderung nach einem Landesprogramm gegen Rechts. Die von allen Fraktionen im März-Plenum verabschiedete „Initiative für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt“ sei eine gute Grundlage für ein solches Programm. „Der jüngste Vorfall in Weimar zeigt, dass die Zeit dafür mehr als reif ist“, so der Innenpolitiker.

Nach den Ereignissen in Weimar könne sich die CDU-Landesregierung nun nicht länger darauf zurückziehen, dass bestehende Strukturen gegen Rechts und Aktivitäten der Regierung ein solches Landesprogramm überflüssig machten. Nur wenige Tag vorher hatten die Fraktionen von SPD und Linkspartei.PDS die Landesregierung erneut aufgefordert, ihren Anteil an der Finanzierung von Programmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt zu übernehmen. Der Freistaat sei das einzige Bundesland, das hier bremse.